

# akzente.

AKTUELLE INFORMATIONEN ÜBER EVANGELISCHE POLITIK 04/2006

## JA ZU KINDERZULAGEN UND OSTHILFEGESETZ

Am 28. Oktober haben die Delegierten der EVP Schweiz in Wädenswil sowohl das Familienzulagen- wie auch das Osthilfegesetz zur Annahme empfohlen.

VON NIKLAUS HARI

Um der Kandidatur von Johannes Zollinger für den Zürcher Regierungsrat zusätzliches Gewicht zu verleihen, lud die EVP Schweiz an Zollingers Wohnort Wädenswil ein, um die Abstimmungsparolen zum Familienzulagen- und dem Osthilfegesetz zu beschliessen.

Ersteres nimmt mit der Harmonisierung und Anhebung der Kinderzulagen alte Anliegen der EVP auf. «Die Leistungen der Familie sind endlich zu anerkennen!» forderte Nationalrat Walter Donzé (EVP, BE). Ein schweizweit einheitlicher Standard sei nur natürlich und der angestrebte Grundsatz «ein Kind, eine Zulage» ein überfälliges Gerechtigkeitsanliegen. FDP-Natio-

nalrat Filippo Leutenegger führte ins Feld, dass bei der Vielzahl kantonalen Instrumente in Sachen Familienförderung von einer Harmonisierung keine Rede sein könne. Zudem sei kein statistischer Zusammenhang zwischen Kinderzulage und Geburtenrate erkennbar. Die Diskussion zeigte, dass den Delegierten sehr wohl bewusst ist, dass es mit höheren Familienzulagen nicht getan ist und Familien auf weitere Massnahmen angewiesen sind. Aber die Vorlage ist ein Schritt in die richtige Richtung: die Delegierten beschliessen mit 98 zu 9 Stimmen ein Ja zum Familienzulagengesetz.

### Günstiger als EU-Beitritt

Ähnlich die Ausgangslage beim Osthilfegesetz: parteiintern war weder die traditionelle Osthilfe noch

die Solidaritätszahlung an die neuen EU-Staaten umstritten. Die Stärkung der Oststaaten der EU sei im Interesse der Schweiz, führte Nationalrat Heiner Studer (EVP, AG) aus. Schliesslich handle es sich dabei um für die Schweiz interessante Märkte. Wichtig sei allerdings, dass die geplante Kohäsionsmilliarde im Bundeshaushalt kompensiert werde und nicht zu Lasten der Entwicklungshilfe gehe. SVP-Nationalrat Walter Wobmann warb für ein Nein, weil die Schweiz für diese Milliarde keine Gegenleistung erhalte. Zweitens sei die Vermischung von traditioneller Osthilfe und Kohäsionsmilliarde ein unzulässiger Trick. Vielen Voten der Delegierten war zu entnehmen, dass sie die Entwicklungshilfe ohnehin erhöhen möchten. Zweitens bestätigt das Osthilfegesetz den bilateralen Weg und kommt für die Schweiz immer noch viel günstiger als die Alternative des EU-Beitritts. Entsprechend fassten die Delegierten mit 99 zu 5 Stimmen die Ja-Parole.

### Vertrauen für Zollinger

Nach der Ergänzungswahl von Doris Günther aus Winden TG in den Zentralvorstand der EVP trat abschliessend Johannes Zollinger, Regierungsratskandidat der EVP Kanton Zürich, vor die Delegierten. Der ortsansässige Stadtrat und Schulpräsident von Wädenswil präsentierte sich als fähiger Stadtrat, der unser volles Vertrauen verdient.



Walter Donzé wirbt für die Familienzulagen, Leutenegger ist skeptisch.

## KOMMENTAR

### In die Arena!

«In die Arena!» fordert Andrea Vonlanthen, Chefredaktor von *idea*, von unserer Partei.

Ein Auftritt in der Arena von SF DRS kann unglaublich wertvoll sein: Ruedi Aeschbachers Aufruf zur Rückkehr zu bewährten Werten und mehr Anstand und Respekt im Umgang miteinander folgten spontane Rückmeldungen auf der Strasse. Aeschbacher sei der einzige Teilnehmer gewesen, der etwas mit Substanz gesagt habe. Ein Rentner aus Olten trat wegen Aeschbachers Votum sogar gleich in die Partei ein.

Wir kennen auch das andere Gesicht der Arena: ob Radarfallen tatsächlich der Sicherheit dienen oder bloss mehr Geld in die Staatskasse spülen sollen, ist aus unserer Sicht kein Thema. Nachvollziehen können wir auch den Ärger von Fulvio Pelli: Blochers Aussage in Ankara folgt auf dem Fuss eine Sendung zum Thema. Nur: einen Bundesrat dürfen die Medien nun mal nicht ignorieren und sei seine Provokation noch so deplatziert, schludrig und gerissen.

Wollen wir Erfolg haben, dann müssen wir uns die medialen Abläufe zu eigen machen und uns entsprechend verhalten. Dabei muss uns unser waches Gewissen stets vor Augen führen, dass es nicht die symbolische Politik im Dauerwahlkampf sein darf, um die es uns geht, sondern ausschliesslich die echte Verbesserung der Lebenssituation aller Menschen in unserem Land.

Niklaus Hari, Kommunikation

**«Welches sind die wirklichen Probleme der Schweiz?»**

*Diese Frage diskutierten in der Arena kürzlich die Chefs der vier Bundesratsparteien. Und sie brachten es auf über ein Dutzend Probleme, an denen unser Land ernsthaft kranke. An die zentrale Problematik sind sie aber nicht vorgestossen. Denn diese liegt letztlich nicht bei den zahlreichen Einzelfragen, sondern im Verlust unserer bisherigen gemeinsamen, tragenden Grundwerte, nach denen wir unsere Identität definiert, nach denen wir gelebt und gewirtschaftet haben.*

*Eine Gesellschaft ohne gemeinsames, tragendes Wertefundament, weiss nicht mehr, woher sie kommt, wo sie steht und wohin sie steuert; sie verliert ihre Kraft, löst sich auf in nur noch auf sich selbst bezogene Individuen und Einzelgruppen und geht unter. Oder sie wird unterwandert und letztlich «übernommen» von einer anderen, in gemeinsamen Grundwerten gefestigten und damit starken Gesellschaft.*

*Zudem: Die grundwertelose Gesellschaft wird manipulierbar, wird zum Spielball von Medien und geldmächtigen Interessengruppen. Und sie baut ab statt auf, driftet auseinander statt sich zu finden, grenzt aus statt Gräben zuzuschütten und streitet verbissen statt gemeinsam nach Lösungen zu suchen.*

*Die EVP gibt nun kräftig Gegensteuer. Mit einer Wertekampagne «Werte fürs Leben - Werte für die Schweiz» will sie die überfällige breite Wertediskussion anstossen. Jeder und jede wird sich auf neun Grundwerte verpflichten können und bei sich selbst die ersten Schritte machen: mit bewährten abendländisch-christlichen Werten zu einem Werte-vollen Leben. Mehr dazu in diesem «akzente».*



Ruedi Aeschbacher  
Präsident der EVP Schweiz

**«Ich erlaube mir einen Hinweis Richtung Gesamtabstimmung: Die EVP-Vertreter werden das vom Nationalrat erarbeitete Resultat nicht mittragen. Wir hoffen noch auf den Ständerat. Allenfalls wird man uns im Referendumskomitee wiederfinden.»**

EVP-Nationalrat Walter Donzé (BE) am 4. Oktober 06 im Nationalrat während der Beratung der Unternehmenssteuerreform II.

EINZAHLUNGSSCHEIN

Dürfen wir Sie bitten, mit dem beiliegenden Einzahlungsschein den Abonnementsbeitrag 2007 fürs «akzente» in der Höhe von CHF 15.00 einzuzahlen. Für die Mitglieder der EVP ist das «akzente» im Zentralbeitrag inbegriffen; dennoch steht es Ihnen selbstverständlich frei, das «akzente» auf diesem Weg mit einer Spende zu unterstützen!

PAROLEN DER EVP

gefasst am 28. Oktober in Wädenswil  
von der Delegiertenversammlungen der EVP Schweiz

**Bundesgesetz über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas** JA

**Bundesgesetz über die Familienzulagen** JA

INHALT

<b>Projekt Cukup: Wir brauchen nicht «mehr als genug» zum Leben</b>	<b>3</b>
<b>Familienzulagengesetz: Ein klares Ja zu fairen Kinderzulagen</b>	<b>4</b>
<b>Wertekampagne der EVP: Gemeinsame Grundwerte schmackhaft machen</b>	<b>5</b>
<b>Humanforschungsgesetz: Zahlreiche fragwürdige Bestimmungen</b>	<b>6</b>
<b>Aus den Kantonen: 10 Jahre EVP Kanton Freiburg</b>	<b>7</b>

# MIT GENUG LEBEN

**Cukup ist indonesisch und heisst genug. Acht junge Menschen aus Bern und Region haben sich zum gleichnamigen Projekt zusammengefunden und leben ein Jahr lang mit einem bescheidenen Budget. Was sie nicht benötigen, geben sie den Armen.**



Die Gruppe Cukup an einem ihrer monatlichen Treffen.

VON NIKLAUS HARI

*Dominic Roser, Rahel Röhthlisberger, Rahel Benker: zusammen mit fünf weiteren Kolleginnen und Kollegen versucht Ihr im Projekt cukup, ein Jahr lang mit einem Genug-Budget zu leben. Was heisst das?*

Dominic Roser: Mein Genug-Budget definiert, wieviel ich pro Monat benötige, damit ich genug zum Leben habe. Ein Jahr lang will ich mit diesem «Genug» leben. Was ich darüber hinaus verdiene, gebe ich den Armen.

Rahel Röhthlisberger: Das heisst nicht, dass wir selber darben und zu wenig zum Leben haben. Sondern wir versuchen, mit einem einfachen «Genug» zufrieden zu sein und das «Mehr als genug» denen weiterzugeben, die Mangel leiden.

*Wie kam es dazu?*

Rahel Röhthlisberger: Als Ärztin in einem kleinen Landspital in Niger hatte ich während dreier Monate hautnah miterlebt, was es heisst, arm zu sein. Nachdem ich mit Dominic im 2005 die Betttagskonferenz der EVP zur «Herausforderung Armut» besucht hatte, blieb für mich die Frage zurück, was nun nach der auftrütelnden Tagung passiert. Wir baten Gott, uns eine Antwort zu geben; uns konkrete, kleine, im Alltag machbare Schritte zu zeigen - bei all unserer Unvollkom-

menheit und unserem Eingebundensein in den Schweizer Alltag. Cukup war so eine Antwort.

Dominic Roser: Ich habe gemerkt, dass ich nicht der Typ bin, der konkret vor Ort etwas verändern kann. Aber was ich kann, ist denjenigen Menschen, die vor Ort sind, die nötigen finanziellen Mittel zu geben.

*Wer das «Mehr als Genug» spenden will, muss wissen, wieviel das «Genug» ist.*

Rahel Benker: Das muss jede und jeder für sich selber herausfinden. Seit zwei Jahren führe ich Buch über meine Ausgaben. So weiss ich recht genau, was ich brauche.

Dominic Roser: Cukup besteht für mich aus zwei Schritten. Zuerst muss ich lernen, mit einem definierten «Genug» zu leben. Zweitens muss ich dieses «Genug» bescheiden gestalten. Ich selbst habe in diesem Jahr kaum verdient und so blieb mir ziemlich wenig zum Weitergeben.

Rahel Röhthlisberger: Jeder und jede muss vor Gott prüfen, was genug ist. Daneben gibt es praktische Budgethilfen, beispielsweise auf [www.budgetberatung.ch](http://www.budgetberatung.ch).

*Wie bescheiden ist Euer Lebensstil geworden? Was liegt drin, was nicht?*

Rahel Röhthlisberger: Einfach zu leben, kann für mich heissen: schöne Kleider in der Brockenstube zu

kaufen. Freunde zu einem einfachen, feinen Essen zuhause einladen. Auf Velotouren bei Bekannten oder unter freiem Himmel übernachten. Gratis Ferien im Holzer- oder Lager mit Behinderten machen. Lernen, auf etwas zu warten.

Rahel Benker: Für mich gehört auch in mein Genug-Budget hinein, dass ich jemandem etwas schenken oder jemanden einladen kann. Auch Kino liegt mal drin. Mich fasziniert, dass ich bei mir selber einen anderen Umgang mit Geld entdecke: spielerischer, weniger ernst. Auch wenn ich bescheiden lebe, habe ich immer noch mehr als genug!

Dominic Roser: Wichtig ist, dass wir soviel geben und so bescheiden leben, dass wir es mit einem freudigen Herzen tun können. Verzicht darf mich etwas kosten, aber meistens gewinne ich ja dabei: ich habe mehr Zeit für Mitmenschen, Gott und meine Lebensziele, wenn ich weniger mit Materiellem absorbiert bin. Weiter ist es auch wichtig, nicht in jedem Punkt bescheiden zu sein. Gott hat nicht gesagt: «Arbeitest sieben Tage, aber an keinem zuviel.» Sein Gebot lautet: «Arbeitest sechs Tage, und ruht einen Tag.» Beim Lebensstil ist es für mich dasselbe: Im Alltag will ich bescheiden leben, dann aber auch ein Fest feiern oder fein essen gehen können.

*Einige von Euch erleben während «Cukup» konkret Gottes Versorgung.*

Dominic Roser: Bei mir läuft genial. Ende 2005 habe ich meine Stelle gekündigt, ohne zu wissen, wie es weitergeht und jetzt kam das ganze Jahr immer ein bisschen Geld rein - zwar nicht viel, aber so, dass

es problemlos bis nächsten Frühling reicht. Zufall? Oder Gottes genügende Vorsorge?

Rahel Röhthlisberger: Als ich dachte, ich gehe nicht in die Ferien, erhielt ich ein wunderschönes Ferienhaus für zwanzig Personen gratis angeboten. Als mein Velo kaputt ging und ich mir überlegte, wie ich wohl zu einer günstigen Occasion kommen würde, erhielt ich ein fast neues Velo mit 21 Gängen geschenkt. Als ich realisierte, dass ich die anstehende sehr teure FMH-Prüfung nicht eingerechnet hatte, kamen gerade genug Steuern retour. Für den Transport zweier Hilfsgütercontainer nach Afrika brauchte ich 20 000 Franken. Ich hatte den Eindruck, dass ich angesichts von «Cukup» kein persönliches Geld einsetzen sollte. Vier Tage vor dem Verschiffen erhielt ich das Geld von zwei Spendern. Gott schafft es, mich auf fantasievolle Weise zu versorgen!

*Wie hat Euer Umfeld reagiert?*

Dominic Roser: Die Leute reagieren insgesamt positiv. Das weckt auch Fragen. Wir machen ja nichts spektakulär Heiliges - weshalb werden wir dann so gelobt? Weil niemand sonst etwas macht? Oder weil sich viele selbst danach sehnen, radikaler solidarisch und bescheiden zu sein? Jemand warf mir vor, mir nichts zu gönnen. Ich denke, diese Kritik hat etwas sehr Wahres. Ein bescheidener Lebensstil kann auch knausrige Helfer-Typen anziehen, die nur anderen gegenüber grosszügig sein können.

Rahel Röhthlisberger: Mein Umfeld hat sehr unterschiedlich reagiert. Einige haben sich persönlich angegriffen gefühlt, obwohl ich ja auf niemanden mit dem Drohfinger zeigen will. Andere finden die Idee so toll, dass ich Gefahr laufe, mich überheblich zu fühlen! Wieder andere reagieren mitleidig und wollen mich unterstützen, obwohl ich ja bis jetzt keinen Mangel litt.

## Zu den Personen

Dominic Roser	Doktorand, Bern, 1976
Rahel Röhthlisberger	Ärztin, Köniz, 1975
Rahel Benker	Jugendarbeiterin Cevi, Wabern, 1977



Gibt es eine christliche Politik oder eine christliche Architektur? Ich denke, so eindeutig gibt es sie nicht.



Es gibt Christen, die aus ihrem Glauben heraus politisch wirken, projektieren und bauen. Sie übernehmen Verantwortung in ihren Bereichen nach bestem Wissen und Gewissen. Und doch bin ich überrascht, wie man zum Beispiel in der Politik mit derselben Bibel in der Hand, völlig gegensätzlicher Meinung sein kann. Betrachten wir die Atomkraftwerke. Für mich ist dies keine schöpfungsgemässe Energiegewinnung, die Entsorgungsfrage ist nicht gelöst, die Technologie ist somit mit einer grossen Umweltbelastung verbunden. Die sogenannte Sicherheit solcher Anlagen führt zu vielen berechtigten Ängsten. Dennoch gibt es Christen, welche Atomkraftwerke befürworten. Für mich nicht verständlich. Und doch muss ich akzeptieren, dass Christen die verschiedensten politischen Meinungen vertreten können. Es gibt nicht die eine christliche Politik.

Oft fällt es uns überhaupt schwer, den christlichen Glauben in die öffentlichen Bereiche zu integrieren. In der Schweiz wird klar zwischen Religion und Politik getrennt. Daraus entstand das Missverständnis, Religion als Privatsache zu betrachten und sie aus dem öffentlichen Leben zu verbannen. Der Glaube ist zwar zuerst Privatsache, aber er wirkt sich öffentlich aus. So sind wir aufgerufen, nach unserer tiefsten inneren Überzeugung, unsere Verantwortung in allen Bereichen unseres Lebens zu übernehmen. Und immer wieder neu die Frage zu stellen, welches Handeln in Politik und Beruf mit unserer christlichen Gesinnung zu verantworten ist.

Anne-Lise Diserens, dipl. Architektin ETH, Leiterin der VBG-Berufstätigenarbeit

# JA ZU FAIREN ZULAGEN

Eine Harmonisierung und Anhebung der Kinderzulagen ist überfällig und ein altes Anliegen der EVP. Sie empfiehlt am 26. November ein Ja zum Familienzulagengesetz.

VON WALTER DONZÉ, NATIONALRAT

Weil Gewerbe- und Arbeitgeberverband erfolgreich das Referendum gegen das Familienzulagengesetz ergriffen haben, stimmen wir am 26. November 2006 über das «Bundesgesetz über die Familienzulagen» ab. Travail.Suisse hat 2001 die Volksinitiative «Für faire Kinderzulagen!» lanciert, welche 15 Franken pro Kind und Tag forderte. Sie wurde auch von der EVP unterstützt. Um den indirekten Gegenvorschlag des Parlamentes nicht zu gefährden, wurde die Initiative zurückgezogen.

## Was bringt das Gesetz?

Das Familienzulagengesetz vereinheitlicht die Kinderzulagen landesweit und setzt gewisse Mindeststandards. So werden die grössten Unterschiede zwischen den Kantonen ausgeglichen.

a. In Zukunft wird für jedes Kind eine ganze Kinderzulage ausbezahlt. Bis anhin haben Teilzeitanestellte oft nur gekürzte Zulagen erhalten.

b. Die Kinderzulagen müssen monatlich mindestens 200 Franken pro Kind betragen und werden der Teuerung angepasst. Die Kantone dürfen höhere Kinderzulagen weiterhin vorsehen.

c. Die Ausbildungszulagen betragen mindestens 250 Franken.

Das Gesetz erfordert eine Erhöhung des Beitragssatzes an die Familienausgleichskasse. Das heisst, die Arbeitgeber und die Kantone bezahlen etwas mehr als bisher. Allerdings nur, wenn sie bisher mit Kinderzulagen geknausert haben. Der Gewerbeverband hat deshalb das Referendum ergriffen.

## Kinderrente statt -zulagen?

Ginge es nach der EVP und ihrem neuen Schwerpunkteprogramm, ginge der Systemwechsel bei den Kinderzulagen noch weiter: sie würden zusammen mit allen

weiteren Zahlungen und dem Kinderabzug in der Steuererklärung abgeschafft und durch eine einheitliche Kinderrente ersetzt. Weil die ganze Bevölkerung und nicht nur die Erwerbstätigen etwas zum Fortbestand unserer Gesellschaft beitragen sollen, würde diese Kinderrente nicht mit Beiträgen der Sozialpartner sondern mittels Steuern finanziert.

## Wichtigste Argumente dafür

Doch bis dieser Systemwechsel umgesetzt werden kann, unterstützt die EVP die schweizweite Harmonisierung und Anhebung der Kinderzulagen uneingeschränkt und zwar aus den folgenden Gründen:

1. Die Leistungen der Familie für die Gesellschaft dürfen nicht unterschätzt werden. Wenn die Familie nicht funktioniert, kostet dies Wirtschaft und Staat bedeutend mehr.

2. Das Gewerbe ist bereit, in Tagesstrukturen und die Kinderbetreuung zu investieren, damit die Mütter für die Arbeitstätigkeit frei werden. Nun wollen wir als EVP das nicht verhindern. Frauen sollen

Beruf und Familie miteinander vereinbaren können. Viele Familien sind auf ein Zusatzeinkommen angewiesen. Aber: Sollen dafür die gestrafft werden, welche sich die Zeit nehmen, um ihre Kinder selber zu erziehen?

3. Der Wirrwarr von kantonalen Regelungen soll der Vergangenheit angehören. Er ist ungerecht und entspricht auch nicht der beruflichen Mobilität in unserem Land.

4. Ist das nun eine neue Steuer für die Unternehmen? Sie bezahlten bis 2002 (ohne Familienzulagen) 1.72 Lohnprozente. 2006 leisteten sie noch 1.52 Lohnprozente - und mit dem neuen Familienzulagengesetz werden es im Jahr 2009 1.57 Lohnprozente sein. Das ist marginal und gefährdet sicher keine Arbeitsplätze! Zudem fliesst das Zusatzeinkommen der Familien voraussichtlich voll in den Wirtschaftskreislauf zurück. Und: Denken Sie an die vorgesehenen Entlastungen der Patrons und Unternehmen mit der Unternehmenssteuerreform. Hier werden die Firmen in Milliardenhöhe entlastet!



Endlich faire Zulagen für unsere Kleinen!

# WERTE FÜRS LEBEN - WERTE FÜR DIE SCHWEIZ

Die EVP hat neun Grundwerte formuliert, welche sie in einer Wertekampagne breit bekannt machen will. Sie könnten der Schweiz Boden unter den Füssen vermitteln.

VON NIKLAUS HARI

Eine Gesellschaft hat auf längere Sicht nur Bestand, wenn sie auf gemeinsamen Grundwerten basiert. Eine geteilte Vorstellung darüber, was gut oder schlecht ist, muss vorhanden sein. Im Zeitalter der Wertebeliebigkeit braucht es Leitlinien, an denen sich die Menschen ausrichten können. Die EVP Schweiz hat aus diesem Grund eine Wertekampagne initiiert mit dem Zweck, eine Debatte über die gemeinsamen Werte für die Schweiz zu lancieren und gleichzeitig einen eigenen Beitrag zu dieser Diskussion beizusteuern. Sie schlägt neun Grundwerte vor, von denen sie glaubt, dass sie die Basis für das Handeln in Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, am Arbeitsplatz,

im Freundeskreis oder daheim sein können. «Natürlich kann es sich unseres Erachtens dabei nur um christliche Werte handeln», präzisiert Generalsekretär Joel Blunier. «Die Idee ist aber, dass diese Werte weitgehend ideologiefrei präsentiert und damit breit akzeptiert werden können. Als Christen sollten wir nämlich lernen, unsere Botschaft in die zunehmend nichtchristlich geprägte Denkweise unserer Mitmenschen zu übersetzen.»

Entstanden ist diese Wertecharta aufgrund eines Referates, welches der Pfarrer Dr. Alfred Aeppli vor Kadern der EVP gehalten hat. Mit einer Wertekampagne will die EVP diese Grundwerte nun unter die Leute bringen. Aeppli hat den Dreiklang «Glaube, Liebe, Hoffnung» in neun christlichen Werten konkreti-

siert. Sie lauten:

- Glaubwürdigkeit
- Verantwortung
- Selbstbeschränkung
- Wertschätzung
- Gerechtigkeit
- Solidarität
- Nachhaltigkeit
- Zielorientierung und
- Frieden.

Werte können nicht von oben verordnet werden. Sie müssen freiwillig gelebt werden. Ein Teil der Kampagne wird deshalb die Möglichkeit beinhalten, sich mit seiner Unterschrift auf die Umsetzung dieser Werte im persönlichen Alltag zu verpflichten. So erhofft sich die EVP die Entstehung einer Wertebewegung, welche die Schweiz vielleicht tatsächlich vom Innersten her verändern wird.

## Stop dem Sterbehilfetourismus

Nationalrat Ruedi Aeschbacher (EVP, ZH) ist der Ansicht, dass wegen dem Sterbehilfetourismus bei der Beihilfe zum Suizid gesetzgeberischer Handlungsbedarf besteht. Er will vom Bundesrat in einer Interpellation insbesondere wissen, ob wirklich davon ausgegangen werden könne, dass bei den grossen Sterbehilfeorganisationen keine selbstsüchtigen Motive im Spiel seien.

## Nichtstaatlich Verfolgte

EVP-Nationalrat Walter Donzé (BE) bleibt nach der Annahme von Asyl- und Ausländergesetz bezüglich dem Vollzug am Ball und reicht eine Interpellation ein, welche eine von Bundesrat Blocher versprochene Regelung für nichtstaatlich Verfolgte realisieren will. Auch sie sollen künftig den Flüchtlingsstatus erhalten können.

## Aufteilung der Swisscom

Nationalrat Heiner Studer (EVP, AG) will mit einer Motion die Swisscom in eine öffentliche Infrastrukturgesellschaft und eine private Dienstleistungsgesellschaft aufteilen. So würden nur jene Bereiche privatisiert, wo ein echter Wettbewerb auch möglich ist.

## Reaktion auf Blochers Aussagen

Eine weitere Interpellation von Heiner Studer betrifft die Äusserungen von Bundesrat Blocher zur Antirassismus-Strafnorm in der Türkei: «Wir EVP-Nationalräte waren von seinen Aussagen in Ankara schockiert und erwarten vom Bundesrat eine Distanzierung und klare Bejahung dieser Strafnorm», führt Studer aus.

# JA ZUR OSTHILFE

Das Osthilfegesetz will die ehemals kommunistischen Länder Osteuropas bei ihrem Übergang zu Demokratie und Marktwirtschaft unterstützen. Es wird von der EVP bejaht.

VON HEINER STUDER, NATIONALRAT

Gegen das Bundesgesetz über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas wurde das Referendum ergriffen, mit der falschen Behauptung, der Bund wolle der Europäischen Union 1 Milliarde Schweizer Franken für den Kohäsionsfonds für Osteuropa zukommen lassen.

Im Zusammenhang mit den Bilateralen Abkommen mit der Europäischen Union wird von der EU verständlicherweise erwartet, dass sich die Schweiz finanziell an der Unterstützung der Entwicklung der neuen EU-Länder im Osten Euro-

pas beteiligt. Über die Dauer von rund acht Jahren soll insgesamt eine Milliarde Franken für gezielte Projekte zur Verfügung gestellt werden. Es ist vorgesehen, dass diese Mittel im Bundeshaushalt kompensiert werden, jedoch keinesfalls zulasten der Entwicklungszusammenarbeit gehen. Es geht somit kein einziger Franken an die EU und schon gar nicht in einen Fonds der EU.

Das Gesetz, über welches wir abstimmen, ist die rechtliche Grundlage sowohl für die traditionelle Osthilfe unseres Landes wie auch für diese Milliarde Franken. Hauptanliegen des Osthilfegesetzes ist es, die ehemals kommunistischen Länder

Europas und der Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS) bei deren Übergang zu Demokratie und sozialer Marktwirtschaft zu unterstützen. Die Geltung des Osthilfegesetzes ist auf 10 Jahre beschränkt.

Der bilaterale Weg hat sich für unser Land als der richtige Weg erwiesen. Ein Ja zum Osthilfegesetz ist die konsequente Fortsetzung. Die Mittel, welche unser Land für die jungen Demokratien Europas zur Verfügung stellt, sind jedoch auch als Investition zu betrachten, wachsen in Osteuropa doch interessante Märkte heran. Herz und Verstand führen zu einem klaren, uneingeschränkten Ja.

# WO BLEIBT DIE WÜRDE?

Das geplante Humanforschungsgesetz regelt die Forschung am Menschen umfassend. Es enthält zahlreiche ethisch schwer verantwort- und vertretbare Regelungen und muss diskutiert werden. Die EVP bleibt skeptisch.

VON RETO F. DENOTH,  
KANTONS RAT ST.GALLEN

Im Zusammenhang mit der Volksabstimmung vom 28. November 2004 haben uns die Fragen rund ums Leben wieder eingeholt: Die Fristenlösung und das Stammzellenforschungsgesetz, das teilweise im Widerspruch zur Bundesverfassung steht, machten den Anfang. Aktive Sterbehilfe, pränatale Diagnostik, Retortenkinder, Klonen, Eingriffe ins menschliche Genom und Forschung mit embryonalen Stammzellen sind aktuelle gesellschaftspolitisch kontrovers diskutierte Themen. Über menschliches Leben wird immer mehr verfügt; es wird materialisiert und verkommt zunehmend zur Ware, zum Wegwerf- oder sogar Recyclingartikel.

## Schutz des Lebens

Die göttliche Schöpfungsordnung wird hemmunglos missachtet. Aus grundsätzlichen Überlegungen (durchaus nicht allein aus

religiösen!) stehe ich für die Unverfügbarkeit des Lebens ein, weil der Schutz des Lebens selbst in einer modernen Gesellschaft, in welcher die Autonomie des Einzelnen einen immer höheren Stellenwert einnimmt, unverzichtbar ist, ansonsten das Unrechtsempfinden abgebaut wird.

## Ethisch nicht verantwortbar

Das Bundesgesetz über die Forschung am Menschen (Humanforschungsgesetz, HFG), bei dem die öffentliche Vernehmlassungsfrist abgelaufen ist, will die Forschung am Menschen umfassend regeln. Dabei geht es um fast alle Stadien der menschlichen Entwicklung (vom Embryo im Mutterleib bis zum Verstorbenen). Der künstlich in vitro erzeugte Embryo fällt nicht unter das HFG, weil dieser Bereich im Stammzellenforschungsgesetz geregelt worden ist.

Der Entwurf des HFG enthält ethisch nicht verantwort- und vertretbare Bestimmungen. So etwa inakzeptable Regelungen bei der For-

schung an Embryonen und lebenden Föten, an biologischem Material menschlichen Ursprungs, an verstorbenen Personen sowie an Embryonen und Föten aus Schwangerschaftsabbrüchen, Spontanaborten sowie an Totgeburten. Der Gesetzesentwurf enthält auch unzulässige Ausnahmen von der Aufklärungspflicht und lässt - was besonders verwerflich ist - menschenunwürdige Forschung an urteilsunfähigen Menschen zu, die über das hinausgeht, was die Biomedizin-Konvention des Europarates für zulässig erachtet. Forschung an urteilsunfähigen Personen, die diesen keinen direkten Nutzen bringt, sondern im Interesse eines übergeordneten Forschungsprojektes steht, stellt eine unzulässige Instrumentalisierung menschlichen Lebens dar.

## Ethikdebatte vonnöten

Eine breit abgestützte Ethikdebatte ist deshalb unumgänglich. Wie viel und welche Forschung am Menschen soll erlaubt sein? Wie denken Sie darüber?

## Heft über die EVP

In der Ausgabe des idea Spektrum vom 25. Oktober 06 nimmt die EVP einen prominenten Platz ein. Zusammen mit dem Newsletter der EVP haben alle Mitglieder diese Ausgabe als Probenummer nach Hause geschickt erhalten.

## Infoabend im Kanton Graubünden

Anlässlich der Session im graubündnerischen Flims hat die EVP am 19. September in Chur zu einem Informationsabend über die EVP eingeladen. Rund zwanzig Personen interessierten sich für die Ausführungen der Nationalräte Ruedi Aeschbacher, Walter Donzé und Heiner Studer. Im nächsten Frühling soll die EVP Kanton Graubünden gegründet werden, um im Herbst an den Nationalratswahlen teilnehmen zu können.

## Strategietag in Bern

Am 2. Dezember findet in Bern im Hinblick auf die Nationalratswahlen 2007 ein Strategietag der EVP statt. Nebst der Präsentation und Beratung des Strategiepapieres werden Vorschläge für eine Volksinitiative, die wichtigsten Wahlkampfthemen, Werbe- und Kommunikationsstrategien sowie Fundraisingmittel erarbeitet.

## IMPRESSUM

akzente: Publikationsorgan der Evangelischen Volkspartei Schweiz (EVP)  
13. Jahrgang, Nummer 4, November 2006  
Erscheint vierteljährlich und wird allen Mitgliedern der EVP zugestellt. Das Abonnement läuft ein Jahr und wird automatisch erneuert, wenn es nicht zwei Monate vor Ablauf gekündigt wird. CHF 15.- / Jahr.

Herausgeber und Redaktion:  
EVP Schweiz, Niklaus Hari

Adressen- und Aboverwaltung:  
EVP Schweiz, Werner Rieder

EVP Schweiz:  
Postfach 7334, 8023 Zürich, Tel. 044 272 71 00, Fax 044 272 14 37, info@evppev.ch, www.evppev.ch

An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet:  
Dr. Ruedi Aeschbacher, Reto F. Denoth, Anne-Lise Diserens, Walter Donzé, Niklaus Hari, Andreas Rufenacht, Heiner Studer.

Druck und Vertrieb:  
Jordi AG, Belp, www.jordibelp.ch

Copyright:  
Wiedergabe von Artikeln und Bildern mit Genehmigung der Redaktion gestattet.

## TERMINE

- |                           |   |
|---------------------------|---|
| 24. bis 26. November 2006 | *jev, Davos<br>Schneewoche und Mitgliederversammlung                |
| 26. November 2006         | Volksabstimmung   |
| 2. Dezember 2006          | EVP Schweiz, Bern<br>Strategietag Nationalratswahlen 2007           |
| 13. Januar 2007           | EVP Schweiz, Yverdon<br>1. ausserordentliche Delegiertenversammlung |
| 13. Januar 2007           | EVP Schweiz, Yverdon<br>Zentralvorstand                             |
| 20. Januar 2007           | *jev, Liestal<br>Mitgliederversammlung                              |
| 27. Februar 2007          | EVP Schweiz, Olten<br>Sekretariats- und Kantonalparteienkonferenz   |
| 11. März 2007             | Volksabstimmung   |

Anzeige



**Wernli für Bürge**

Nach fast 12 Jahren im Aargauer Grossen Rat hat Hans Bürge seinen Rücktritt erklärt. Für den Unternehmer aus Safenwil kommt mit Bernhard Wernli wieder ein Mann der Wirtschaft: der Textilfachmann leitet die Verbandstofffabrik Wernli in Rothrist in dritter Generation. Kirchlich ist Wernli mit verschiedenen Funktionen in der EMK engagiert.

**Überwasser für Schmutz**

Bereits im Juni hat Heinrich Überwasser, Einwohnerrat und Advokat in Riehen, den Sitz von Matthias Schmutz im Basel-Städtischen Grossen Rat übernommen. Schmutz wurde für die VEW in den Gemeinderat von Riehen gewählt.

**Zürcher EVP baut aus**

Bruno Kleeb aus Bauma verstärkt als Assistent des Geschäftsführers (20 Stellenprozente) das Team der EVP Kanton Zürich. Dank seiner Hilfe sollen die folgenden Ziele erreicht werden können: Wähleranteil von 5 auf 7 Prozent steigern, Sitzgewinne im Kantons- und Regierungsrat und die Rückeroberung des 2. Nationalratssitzes.

**Neue Ortspräsidien**

In der EVP Aarburg löst Bruno Zimmerli Oswald Buchser als Präsidenten ab. Bereits im März hat Thérèse Rupp das Präsidium der EVP Münsingen von Markus Franke übernommen.

**Frauenpower in Bern**

Seit Juni sitzt Margrit Rösti für die EVP in der Exekutive von Walliswil-Bipp. Für die zurückgetretene Corina Kocher ist Ursula Erni-Reusser in den Gemeinderat von Spiez nachgerutscht; Erni-Reusser gibt ihren Sitz im GGR wiederum an Markus Kiener weiter.

**SEIT 10 JAHREN AKTIV**

**Mit einer Wanderung im französischsprachigen Kantonsteil beging die EVP Kanton Freiburg ihr Jubiläum.**

VON ANDREAS RÜFENACHT

Vorstand, Mitglieder, Ehemalige und Freunde der EVP Kanton Freiburg wanderten zur Feier ihres zehnjährigen Bestehens auf einem kurzen Stück des «chemin du vitrail» rund um Romont. Damit wollte die Partei, welche ihren Schwerpunkt vor allem im Seebezirk, aber auch in der Stadt Freiburg hat, ihren Willen bekräftigen, sich verstärkt in die französischsprachige Schweiz auszudehnen.

Die EVP Kanton Freiburg wurde 1996 gegründet. In den Verfassungsratswahlen im 2000 erzielte Daniel de Roche für die Partei ein erstes Mandat. Dieser erfolgreiche Anfang bestätigte sich in den Gemeindewahlen in Murten, wo mit Susanne Rüfenacht, Barbara Wittwer und Michael Rüfenacht auf Anhieb drei Mandate für den Generalrat möglich wurden. In den Grossratswahlen 2001 und den Nationalratswahlen 2003 erreichte die EVP zwar keinen Sitz, erweiterte dadurch aber ihre kantonale Prä-

senz. Bei den Gemeindewahlen in Murten im Jahr 2006 wurden Susanne Rüfenacht und Silvia Merz erneut in den Generalrat gewählt, ein Mandat ging der EVP jedoch verloren. Der Verlust war auf das im Jahr 2001 in Kraft getretene, kleine Parteien benachteiligende Gesetz über die Ausübung der politischen Rechte zurückzuführen, gegen welches das angestrebte Referendum

der Partei mangels Unterstützung nicht zustande gekommen war.

In der Kirche von Mézières gab Präsidentin Susanne Rüfenacht ihrem Dank für die wertvolle Zusammenarbeit in den vergangenen Jahren und in aktuellen Aufgaben in Worten und durch die Interpretation des Orgelwerks Toccata und Fuge in d-moll von J. S. Bach Ausdruck. Der von Piet Los organisierte Jubiläumsanlass erinnerte die Mitglieder der Partei an vergangene Anstrengungen, insbesondere aber an die kontinuierliche und erfolgreiche Entwicklung und ermutigte im Hinblick auf den zukünftigen Weg.



Die EVP Kanton Freiburg geht ihren Weg in die Zukunft.

**WAHLEN BERN**

**WIEDERWAHL**

(nh). Auch diesen Herbst haben in einigen Berner Gemeinden Wahlen stattgefunden. In Lützelflüh ist die EVP auch zukünftig mit Beat Iseli im Gemeinderat vertreten. Für einen zweiten Sitz reichte es knapp nicht, Präsidentin Therese Spreng ist aber zufrieden mit dem Resultat: schliesslich konnte der Wähleranteil von 12.2 auf 19.5 Prozent gesteigert werden. Ebenfalls wiedergewählt wurde in Signau Gemeinderat Hans Röthlisberger. Zudem wurde neu Markus Kühni in die verkleinerte Schulkommission gewählt. In Roggwil ist die EVP zum ersten Mal bei den Gemeindewahlen angetreten, der Block der Bisherigen konnte aber nicht geknackt werden.

**VEW-GROSSRAT**

**VIEL AUF VELO**

«VEW-Mann schlägt alle Grossräte auf dem Velo» steht gross auf dem Kioskaushang des Baslerstabs vom 22. September 06. In 3 Wochen legte VEW-Grossrat Richard Widmer 323 Kilometer auf dem Fahrrad zurück - mehr als alle anderen Grossräte. Er gewinnt damit die Aktion «Grossräte clever unterwegs» der Basler Arbeitsgruppe autofreie Aktionstage.



**SURFTIPP**

**EVP-BLOGS**

(nh). Während die EVP Schweiz noch überlegt, inwiefern sie im kommenden Wahlkampf Blogs einsetzen könnte, betreiben einzelne Mitglieder schon emsig ihre Internettegebücher. Der Berner Grossratskandidat Matthias Stürmer betreibt auf [www.stuermer.ch/blog](http://www.stuermer.ch/blog) mit Schwerpunkt Informatik und Entwicklungshilfe. Auch Heinrich Überwasser, neuer VEW-Präsident und Grossrat im Kanton Basel-Stadt, unterhält eine Site mit Blogcharakter ([www.ueberwasser.org](http://www.ueberwasser.org)). Die EVP Toffen hat gleich einen Zukunftsblog zur Dorftwicklung ins Netz gestellt ([www.evp-toffen.ch](http://www.evp-toffen.ch)). Weitere Beispiele unbedingt an [niklaus.hari@evppev.ch](mailto:niklaus.hari@evppev.ch) melden!



## SCHWEIZ ALS MORALISCHE GRÖSSE

(nh). Die diesjährige Bettagskonferenz der EVP Schweiz hat sich am 16. September 2006 im Stadttheater Olten mit der Identität der Schweiz beschäftigt. Unser Bild zeigt das Publikum - rund 160 Interessierte - während der packenden und aufwühlenden Konferenz.

Auftrag und Berufung der Schweiz ergäben sich aus den Gaben, mit denen Gott die Schweiz gesegnet habe, meinte Hanspeter Nüesch, Leiter von Campus für

Christus. «Je mehr die Schweiz den Armen hilft, desto mehr bekommt sie zurück.» Ein kleiner Staat müsse heute eine moralische Grösse sein, wenn er fortbestehen wolle.

Nächster Höhepunkt war der Beitrag von Dr. Walter Dürr: Säkularisierung, Individualisierung und gesellschaftliche Pluralisierung seien die grossen Trends unserer Zeit. Christen müssten sich einmischen und am gesellschaftlichen Leben teilhaben. Dazu müsse man aber

wissen, auf welche Werte man sich berufe. Abschliessend stellte die Grossrätin Marianne Streiff-Feller (EVP, BE) «Forderungen für die politische Arbeit auf christlicher Grundlage» auf. Gerechtigkeitsanliegen, Solidarität mit den Schwächeren, Sorge zur Umwelt und der Einsatz für einen umfassenden Frieden seien alles Forderungen, die auf christlichen Grundwerten beruhten. Es gelte, diese Werte sichtbar zu machen und konsequent vorzuleben.

### EINLADUNG UND ANMELDUNG ZUR DELEGIERTENVERSAMMLUNG

Einladung zur 1. ausserordentlichen Delegiertenversammlung (DV) der EVP Schweiz, Samstag, 13. Januar 2007, 10.15 bis 12.30 Uhr in der Aula Magna du Château in Yverdon-Les-Bains.

- TOP 1 Eröffnung der Tagung durch den Zentralpräsidenten
- TOP 2 Besinnliche Einleitung
- TOP 3 Grussworte
- TOP 4 Wahl der Stimmzähler (Protokollprüfer)
- TOP 5 Parolenfassung zur Volksinitiative «Für eine soziale Einheitskrankenkasse»
- TOP 6 Präsentation der welschen Sektionen der EVP
- TOP 7 Schlusswort des Zentralpräsidenten

Anschliessend besteht die Möglichkeit eines gemeinsamen Mittagessens. Allfällige Tagungsunterlagen werden nach der Anmeldung versandt.

EVANGELISCHE VOLKSPARTEI DER SCHWEIZ (EVP)

Der Zentralpräsident  
Ruedi Aeschbacher

Der Generalsekretär  
Joel Blunier



Ich melde mich für die DV vom 13. Januar 2007 an. Mittagessen:  mit  ohne  vergünstigt (für aktive \*jevpe-Mitglieder)

Name, Vorname: \_\_\_\_\_

Strasse, Nummer: \_\_\_\_\_

PLZ und Ort: \_\_\_\_\_

Datum: \_\_\_\_\_

Unterschrift: \_\_\_\_\_

Bis am 8. Januar 2007 einsenden an:  
EVP Schweiz  
Josefstrasse 32  
Postfach 7334  
8023 Zürich  
Telefon 044 272 71 00  
info@evppev.ch